



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Theilheim – Mitglieder des Gemeinderates

Dr. Bernd Schmitt - Bernd Endres

Gemeinde Theilheim und Gemeinderat
Bachstraße 13
97288 Theilheim

Theilheim, den 17. 1. 2015

Änderung der Beitragssatzung

Sachvortrag:

Es ist meist ungerecht, dass die Anwohner von Straßen, die ja nicht nur sie benutzen, erheblich an den Kosten des Straßenausbaus beteiligt werden. Wesentlich gerechter ist es, diese auf alle Grundstückseigentümer umzulegen. Dies sollte durch eine Anhebung der Grundsteuer erfolgen. Auch der Ausbau und die Instandhaltung der Wege im unbebauten Bereich kann ähnlich finanziert werden. München hat sich bereits dazu entschlossen und auch bei der Stadt Würzburg wurden entsprechende Anträge gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Theilheim stellt die Vor- und Nachteile einer Umstellung der Straßenausbaubeitragssatzung hin zu einer Grundsteuerfinanzierung zusammen um dem Gemeinderat eine qualifizierte Entscheidung zu ermöglichen.

Dr. Bernd Schmitt

Bernd Endres



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Theilheim – Mitglieder des Gemeinderates

Dr. Bernd Schmitt - Bernd Endres

Mainpost 8.1.2015

WÜRZBURG

Würzburger Liste will Bürger entlasten

Für Abschaffung der Straßenausbausatzung



ARCHIVFoto: Obermeier

Nürnberger Straße 2012: Wenn ausgebaut wird, zahlen die Anwohner mit.

Wenn Anwohner für den Ausbau ihrer schon bestehenden Straßen zahlen müssen, ist der Ärger meist riesengroß. Es gibt dafür Beispiele in Würzburg: Nürnberger- und Trautenauer- oder Steinbachtalstraße. Überall da wurden beispielsweise die Anwohner zur Kasse gebeten. Und gegen diese Straßenausbausatzung richtet sich ein Antrag der Würzburger Liste im Stadtrat. Das ist genau der Antrag, von dem Kämmerer Robert Scheller sagte, er liege im Rathaus vor. Die Verwaltung werde aber empfehlen, ihn abzulehnen.

Die Stadträte der Würzburger Liste, Alt-OB Jürgen Weber, Ingo Klünder und Micaela Potrawa, wollen das mit ihrem Antrag erreichen: Der Stadtrat soll beschließen, die städtische Straßenausbausatzung rückwirkend außer Rechtskraft zu setzen. Das hieße, es würden keine Kosten mehr auf den Bürger zukommen.

Ihre Begründung: Sie hätten bereits angeregt, den Straßenausbau durch eine Erhöhung der Grundsteuer zu finanzieren. Daher erscheine es eine gerechte Lösung zu sein, die von den betroffenen Grundstückseigentümern als absolut ungerecht empfundene Praxis zu ändern.

Die WL-Räte gehen davon aus, anders als OB Christian Schuchardt im Stadtrat, dass keine gesetzlichen Bestimmungen des Freistaates Bayern einer solchen Finanzierung entgegenstehen. Nachdem die Landeshauptstadt München als größte Kommune in Bayern die Straßenausbausatzung abgeschafft hat, sollte auch Würzburg diesen Weg gehen. Die WL-Politiker legen noch eine Schippe drauf: Die bestehende Regelung, die nicht nur von vielen als ungerecht empfunden wurde, war darüber hinaus ein bürokratisches Monster. Fast 2500 Bescheide wurden in fünf Jahren an Anlieger verschickt. In diesem Zeitraum nahm die Stadt 8,7 Millionen Euro von Bürgern ein.

Bernd Endres, Brückenstraße 6, 97288 Theilheim Tel. 0173 2905529
Dr. Bernd Schmitt, Spitzweg 13, 97288 Theilheim, Tel. 09303 605